

**Rechenschaftsbericht zur
bürgerbeteiligten Haushaltssicherung
der Stadtverwaltung Solingen
02.05. – 25.05.2012**

Inhaltsverzeichnis

1	Anlass für das zweite Beteiligungsverfahren.....	3
2	Verfahren.....	3
3	Ergebnisse des Bürgerbeteiligungsverfahrens.....	4
4	Auswertung der Bürgervorschläge.....	5
5	Ergebnisse der politischen Beratung.....	5
	5.1 Sparvorschläge der Verwaltung.....	5
	5.2 Investitionsprojekte.....	6
	5.3 Bürgervorschläge.....	6
6	Fazit.....	7
7	Anlagen.....	7

1 Anlass für das zweite Beteiligungsverfahren

Im Jahr 2010 hatte die Stadtverwaltung Solingen erstmalig ein Bürgerbeteiligungsverfahren zum Thema Haushaltssicherung durchgeführt. Hintergrund war die drohende Überschuldung im Jahr 2013 und das damit verbundene Ende der kommunalen Selbstverwaltung. Zur Vermeidung dieser drohenden Überschuldung hatte die Verwaltung im Jahr 2009 begonnen, ein 45 Mio. €-Sparpaket zu schnüren, über das der Rat abstimmen sollte. Zuvor sollten jedoch die Bürger/innen eingebunden werden. Über die Internetplattform www.solingen-spart.de konnten sich die Bürger/innen vom 04.03. – 25.03.2010 über die finanzielle Situation und die Notwendigkeit zum Sparen informieren, die Spar- und Einnahmenvorschläge der Verwaltung mit pro und contra bewerten und eigene Vorschläge machen.

Am Ende des dreiwöchigen Beteiligungszeitraums stand ein großer Erfolg des Verfahrens mit rund 3.600 Usern (~2,2% der Solinger Bevölkerung) und über 20.000 Besuchern der Internetplattform. Das Verfahren fand große Akzeptanz und die Politik bekam einen zusätzlichen Input für ihre Entscheidungsfindungen bei den Beratungen zum Haushalt.

Der Rat der Stadt Solingen beschloss im Anschluss an das Bürgerbeteiligungsverfahren am 08.07.2010 ein Sparpaket mit einem Volumen von rund 43 Mio. €. Durch diesen Beschluss wurde die drohende finanzielle Überschuldung für das Jahr 2013 zunächst abgewendet.

Auf Grund der Abwendung der drohenden Überschuldung und der Verschiebung des Überschuldungszeitpunktes über 2013 hinaus, kam die Stadt Solingen zunächst nicht in den Genuss der Hilfsmittel für notleidende Kommunen des Landes NRW in der Stufe 1 des sog. „Stärkungspaktgesetzes“, weil dafür die Voraussetzung nun nicht mehr erfüllt waren. Erst auf Antrag nimmt die Stadt Solingen an der Stufe 2 des Stärkungspaktgesetzes teil. Sie muss dafür nachweisen, dass sie im Jahr 2018 den Haushaltsausgleich mit und im Jahr 2021 ohne Landesmittel schafft. Hierfür ist ein konsequenter Sparkurs weiter notwendig, der im sog. „Haushaltssanierungsplan“ festgeschrieben wird.

Die Basis des „Haushaltssanierungsplans“ bleibt das nach der ersten Bürgerbeteiligung im Sommer 2010 vom Rat beschlossene Sparpaket. Vieles davon ist bereits umgesetzt oder wird es gerade. Doch bei einigen Vorschlägen erwiesen sich die Sparerfolge geringer als erhofft, andere waren gar nicht realisierbar. Für beides muss Ersatz gefunden werden.

Unter diesen Voraussetzungen wurde vom 02.05. – 25.05.2012 das zweite Verfahren mit dem Ziel der erneuten Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern im Sinne von Meinungsabfrage und Abgabe von Bürgervorschlägen durchgeführt.

2 Verfahren

Während im Jahr 2010 der Fokus auf den Spar- und Einnahmenvorschlägen der Verwaltung lag - von den insgesamt 248 Vorschlägen des 45 Mio. €-Sparpaketes wurden die 78 zur Abstimmung gestellt, die die Bürger am unmittelbarsten betrafen - standen dieses Mal die Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger im Vordergrund. Die konnten zwar vor zwei Jahren auch schon geäußert werden, ließen nach der Auswertung aber kein wirkliches Sparpotenzial erkennen. Für das Wiederholungsverfahren wurde daher ein dreistufiger Workflow eingeführt, der zu einem deutlich niveauvolleren Pool von Bürgervorschlägen geführt hat:

1. Aufforderung zur Prüfung, ob bereits ähnlich Vorschläge eingereicht wurden durch Schlagworteingabe
2. Pflichtfeld: Formulierung einer qualifizierten Überschrift
3. Pflichtfeld: Verfassen eines aussagekräftigen Erläuterungstextes
4. Zusätzlich konnten die User freiwillig das Sparpotenzial ihres Vorschlages selbst einschätzen.

Insbesondere die Pflichtfelder 2 und 3 hatten große Bedeutung, da der neue Bürgervorschlag nach der Eingabe auch den anderen Teilnehmern zur Diskussion und Abstimmung offen stand.

Zusätzlich zu 15 Spar- und Einnahmeveranschlagungen wurden als Neuerung erstmals auch 15 Investitionsvorhaben zur Abstimmung gestellt. Dabei wurden diejenigen ausgewählt, die bisher noch nicht begonnen wurden. Das Solinger Tageblatt hatte am 05.05.2012 in einer Samstagsausgabe diese 30 Maßnahmen zur Abstimmung veröffentlicht. Die Verwaltung hat diese Abstimmungsergebnisse gesondert ausgewertet. Alle Abstimmungsergebnisse sind als Anlage 2 beigefügt und stehen ebenfalls als download auf der Ergebnisseite von www.solingen-spart.de zur Verfügung.

Weiterhin wurde als Wunsch aus dem letzten Verfahren heraus neben den pro- und contra-Buttons ein neutral-Button zur Verfügung gestellt.

Als kleiner Anreiz zur Teilnahme wurde die Verlosung eines ipads angekündigt. Der Gewinner sollte unter den 30 bestbewerteten Bürgervorschlägen ermittelt werden.

3 Ergebnisse des Bürgerbeteiligungsverfahrens

Die beiden Verfahren 2010 und 2012 haben jeweils über einen mehr als 3wöchigen Zeitraum stattgefunden.

Da der Neuigkeitswert der zweiten Bürgerbeteiligung als nicht so hoch eingestuft wurde, wäre man mit einer Beteiligungsquote von einem Prozent der Bevölkerung (1.600 Teilnehmer/innen) zufrieden gewesen. Am Ende wurde zwar nicht die Teilnehmerzahl aus 2010 erreicht (3.600), aber mit rund 2.600 registrierten Teilnehmer/innen das Ziel weit übertroffen. Fast 14.000 Besucher hatten sich auf der Plattform über die finanzielle Situation der Stadt bzw. das Verfahren an sich informiert (2010 über 20.000) und dabei auch die Vorschläge und Beiträge gelesen.

Die statistischen Grafiken sind als Anlage 1 beigefügt und stehen als download auf der Ergebnisseite von www.solingen-spart.de zur Verfügung. In beiden Verfahren zeigte sich, dass die Teilnehmer/innen vornehmlich aus den höheren Bildungsschichten kommen und mittleren Alters sind.

Den zur Abstimmung gestellten fünfzehn Sparvorschlägen und fünfzehn Investitionsvorhaben der Verwaltung standen am Ende des Beteiligungszeitraums insgesamt 343 Bürgervorschläge gegenüber. Die komplette Liste steht als download auf der Ergebnisseite von www.solingen-spart.de zur Verfügung.

Auf die Internetplattform wurde als Ideenpool für Bürgervorschläge die Zuschussliste der Verwaltung eingestellt. Eine Abstimmung zu diesen Zuschüssen war konzeptionell nicht vorgesehen. Das Solinger Tageblatt hat entgegen der Absicht der Verwaltung allerdings über diese Zuschussliste mit pro und contra abstimmen lassen. Die Voten wurden von der Verwaltung ausgewertet und unter www.solingen-spart.de als download veröffentlicht.

Im Ergebnis fielen nur drei von fünfzehn Vorschlägen der Verwaltung zu Sparmaßnahmen bei der Auszählung der Pro- und Contravoten durch:

- die Erhöhung der Grundsteuer B ab 2018 (deutlich: 670 Contra: 91 Pro),
- die weitere Entgelterhöhung für das Walter-Bremer-Institut ab 2013 (knapp 505 Contra: 434 Pro) und
- der Abriss der Pavillons bei der Grundschule "Am Rosenkamp" (449:432).

Die anderen Maßnahmen wurden mehrheitlich positiv bewertet.

Bei den fünfzehn Investitionsprojekten, die die Verwaltung außerdem zur Abstimmung gestellt hatte, hielt eine Mehrheit folgende vier Maßnahmen für verzichtbar:

- die Umgestaltung des Verkehrsknotens Friedrich-Straße, Katternberger und Kölner Straße (301:263),
- die Erneuerung der Brücken am Engelsberger Hof (354:202) und am Fallerslebenweg (346:110) sowie
- der Einbau eines Personenaufzugs im Theater (463:185).

Die anderen Maßnahmen wurden mehrheitlich positiv bewertet.

4 Auswertung der Bürgervorschläge

Nach Beendigung des Verfahrens wurden alle 343 Vorschläge durch die Verwaltung geprüft und mit einem Sparpotenzial versehen, soweit das möglich war. Anschließend wurde aus dieser Liste eine sogenannte „bereinigte Bestenliste“ erstellt. Dabei wurden alle Vorschläge nach dem höchsten Saldo zwischen den pro- und contra-Wertungen der Teilnehmer/innen sortiert. Der Vorschlag mit dem höchsten Saldo stand oben. Anschließend wurden alle Vorschläge incl. Stellungnahmen überprüft und erwogen ob der Vorschlag in die „bereinigte Bestenliste“ aufgenommen werden sollte. Grundsätzlich galt: Vorschläge, die nicht in den Zuständigkeitsbereich der Stadt fielen, die bereits umgesetzt oder nicht umsetzbar waren oder die eine Investitionsmaßnahme enthielten, die auch zu einem späteren Zeitpunkt nicht zu einem Spareffekt führte, wurden nicht berücksichtigt.

Aus den so ermittelten 30 bestbewerteten und umsetzbaren Bürgervorschlägen wurde der Gewinner eines iPads ermittelt: Vorschlag B102 „Bessere Instandhaltung der Straßen in Solingen“. Das iPad wurde dem Teilnehmer am 09.07.2012 offiziell von Herrn Stadtkämmerer Weeke übergeben.

Die Liste aller Bürgervorschläge incl. der Stellungnahmen der Verwaltung wurde den Ratsfraktionen für Ihre Etatberatungen zum Haushalt noch vor den Sommerferien zur Verfügung gestellt.

Die komplette Liste steht als download auf der Ergebnisseite von www.solingen-spart.de zur Verfügung.

5 Ergebnisse der politischen Beratung

Der Finanzausschuss hat am 21.09.2012 in seiner Etatklausur über die Haushalte 2012 und 2013 und die zugehörigen Anträge beraten. Am 27.09.2012 hat der Rat die abschließenden Entscheidungen getroffen.

Die Details zu den Abstimmungsergebnissen finden Sie in der Anlage 2. Hier das Ergebnis in Kurzform:

5.1 Sparvorschläge der Verwaltung

In Bezug auf die Sparvorschläge der Verwaltung hat sich der Rat allen Vorschlägen der Verwaltung angeschlossen und diese ohne Einzelabstimmung im Rahmen einer Gesamtabstimmung mehrheitlich mit 71:1 Stimmen beschlossen. Er ist bei den drei o. g., von den Teilnehmer/innen des Bürgerbeteiligungsverfahrens negativ abgestimmten, Maßnahmen nicht deren Votum gefolgt.

Bei der HSK-Maßnahme M251, die von den Teilnehmer/innen mehrheitlich befürwortet wurde, ist der Rat durch den Beschluss, einen höheren Sparbeitrag erreichen zu wollen, über das Votum hinausgegangen.

Zur Erhöhung der Grundsteuer B ist dabei zu sagen, dass es sich dabei derzeit nur um eine rechnerische Größe handelt, falls nicht auf einem anderen Wege der Haushaltsausgleich erreicht wird. In so fern wurde eine Erhöhung der Grundsteuer B im Rahmen einer Satzungsänderung nicht beschlossen.

5.2 Investitionsprojekte

Während von den Teilnehmer/innen die vier Investitionsprojekte „Umgestaltung des Verkehrsknotens Friedrich-Straße, Katternberger und Kölner Straße“, „Erneuerung der Brücken am Engelsberger Hof“, „Erneuerung Brücke am Fallerslebenweg“ und „Einbau eines Personenaufzugs im Theater“ mehrheitlich abgelehnt hatten, wurden vom Rat folgende Entscheidungen getroffen:

1.) Umgestaltung des Verkehrsknotens Friedrich-Straße, Katternberger und Kölner Straße wird auf das Jahr 2015 verschoben und erst nach Beschluss durch den zuständigen Ausschuss freigegeben. Dem Bürgervotum wurde also zunächst gefolgt.

2.) Attraktivierung Konrad-Adenauer-Straße: Herabsetzung der Maßnahme um 1 Mio. €:
Die Verwaltung wird aufgefordert zu prüfen, ob der Eigenanteil der Stadt Solingen abgesenkt werden und eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 500.000 Euro im Etat 2013 eingesetzt werden kann, damit die Maßnahme bereits in 2013 begonnen werden kann und 2014 kassenwirksam wird.“ Bis dies endgültig geklärt ist, steht die Maßnahme weiterhin mit den erhöhten und nicht mit den abgesenkten (siehe linke Spalte) Beträgen im Haushaltsplan. Dem Bürgervotum somit wurde zunächst nicht gefolgt.

3.) Erneuerung der Brücken Engelsberger Hof:
Die Verwaltung hat die Maßnahme in das Jahr 2016 verschoben und der Rat hat diese Verschiebung mehrheitlich beschlossen. Dem Bürgervotum wurde also zunächst gefolgt.

4.) Erneuerung Brücke Fallerslebenweg:
Die Verwaltung hat die Maßnahme nicht in die Haushaltspläne 2012 und 2013 aufgenommen. Eine Abstimmung darüber konnte somit nicht mehr stattfinden.

5.) Einbau eines Personenaufzugs im Theater und Konzerthaus:
Der Rat hat die Maßnahme mit dem Zusatz: „Die Verwaltung soll prüfen, ob Mittel über Nordstadt/Konrad-Adenauer-Straße oder andere Fördermöglichkeiten zu generieren sind“ mehrheitlich beschlossen. Dem Bürgervotum wurde also nicht gefolgt.

6.) Alle anderen Maßnahmen wurden vom Rat entsprechend dem Bürgervotum beschlossen.

5.3 Bürgervorschläge

Aus den 343 der Politik zur Beratung vorgelegten Bürgervorschlägen wurden von den Ratsfraktionen Anträge entwickelt und beraten:

- Aus 9 Bürgervorschlägen wurden 9 Anträge als Prüfauftrag an die Verwaltung formuliert und mehrheitlich beschlossen.

- Aus 17 Bürgervorschlägen wurden 7 Anträge zur Aufnahme der Maßnahmen in das Haushaltssanierungskonzept formuliert. Davon wurden 3 wegen inhaltlicher Übereinstimmung ohne Abstimmung zurückgezogen, so dass aus den 17 Bürgervorschlägen 4 neue Maßnahmen zur Aufnahme in den Haushaltssanierungsplan mehrheitlich beschlossen wurden. Hierbei ist besonders die Maßnahme „Klimaschutzkonzept“ zu erwähnen, die allein 12 damit in Zusammenhang stehende Bürgervorschläge umfasst. Hinzu kommen noch die Maßnahmen „Ungenutzte Randgrundstücke unter

Beachtung der ökologischen Erfordernisse und nach Beratung im ASUKM verkaufen“, „Inhaltliche Anpassung der Maßnahme M266 – Standardabsenkung Ressortkoordinierung: Wegfall Streichung 4. Dezernentenstelle“ und „Carsharing / Carpooling für städtische Fahrzeuge“.

- Ein aus einem Bürgervorschlag entwickelter Antrag für einen Prüfauftrag an die Verwaltung (Prüfung Parkgebühren Lehrer) wurde mehrheitlich abgelehnt.

- Aus 21 Bürgervorschlägen wurden 8 Anträge zur Aufnahme der Maßnahmen in den Haushaltssanierungsplan formuliert. Davon wurden 2 ohne Abstimmung zurückgezogen. Die übrigen 6 wurden mehrheitlich abgelehnt – z.B. die Aufhebung der Baumschutzsatzung und die Reduzierung der Bezirksvertretungen von 5 auf 4.

- Ein Bürgervorschlag bezog sich auf eine Investitionsmaßnahme (Brücke Papiermühle). Obwohl von den Teilnehmer/innen eigentlich nur Spar- und Einnahmenvorschläge gemacht werden sollten, ist hierzu dennoch ein Prüfauftrag an die Verwaltung mehrheitlich beschlossen worden.

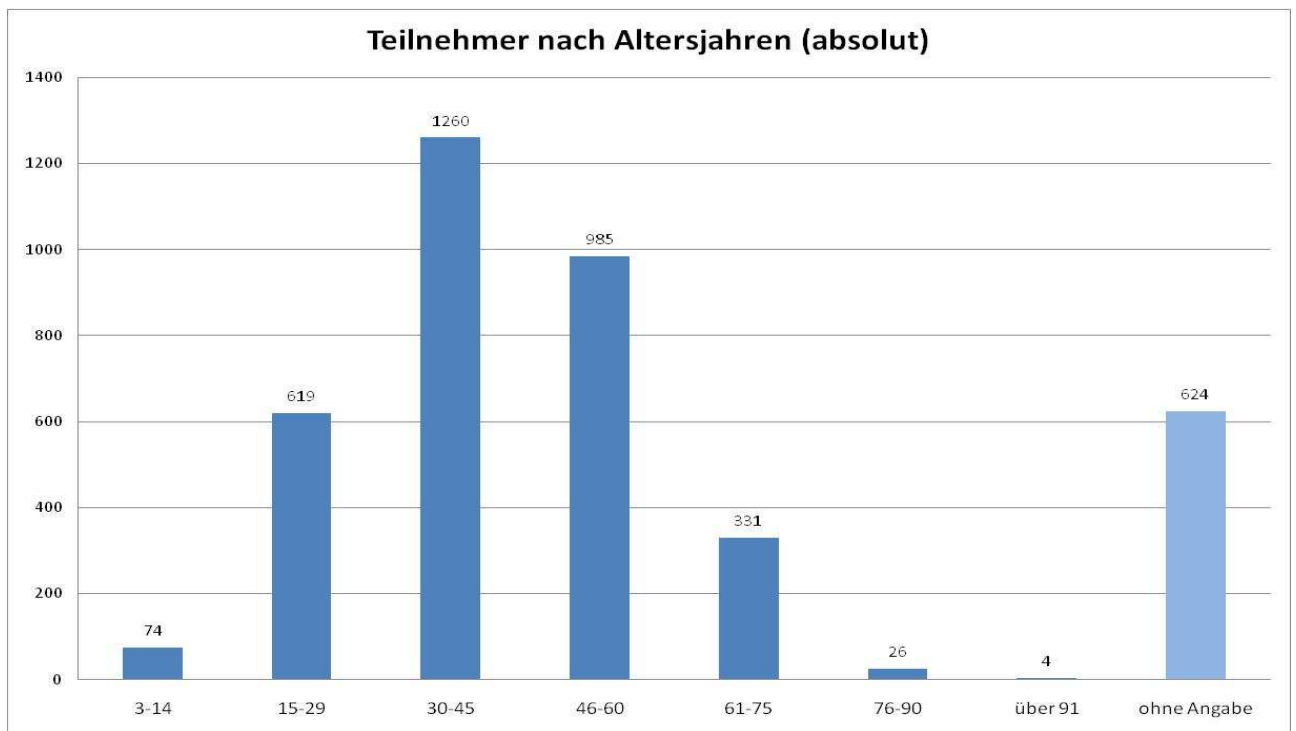
6 Fazit

Durch den im Vergleich zu 2010 sachlicheren Ton in den Kommentaren, die erkennbar höhere Qualität der Bürgervorschläge und die gute Beteiligungsquote kann von einem erfolgreichen zweiten Verfahren gesprochen werden. Es liegt die Vermutung nahe, dass hier eine kompetente und für Kommunalpolitik ansprechbare Stadtgesellschaft entsteht, die über das Internet mit „der Stadt“ kommuniziert. Dies spricht dafür, den elektronischen Bürgerdialog fortzuführen und ihn zur Regel werden zu lassen. Allerdings muss die Stadt kreativ sein und das Interesse der Bürgerinnen und Bürger an der Online-Bürgerbeteiligung zum Haushalt durch neue Anreize wach halten. Die einfache Wiederholung des Bekannten würde sicher dazu führen, dass die Zahl der Teilnehmenden stark sinkt.

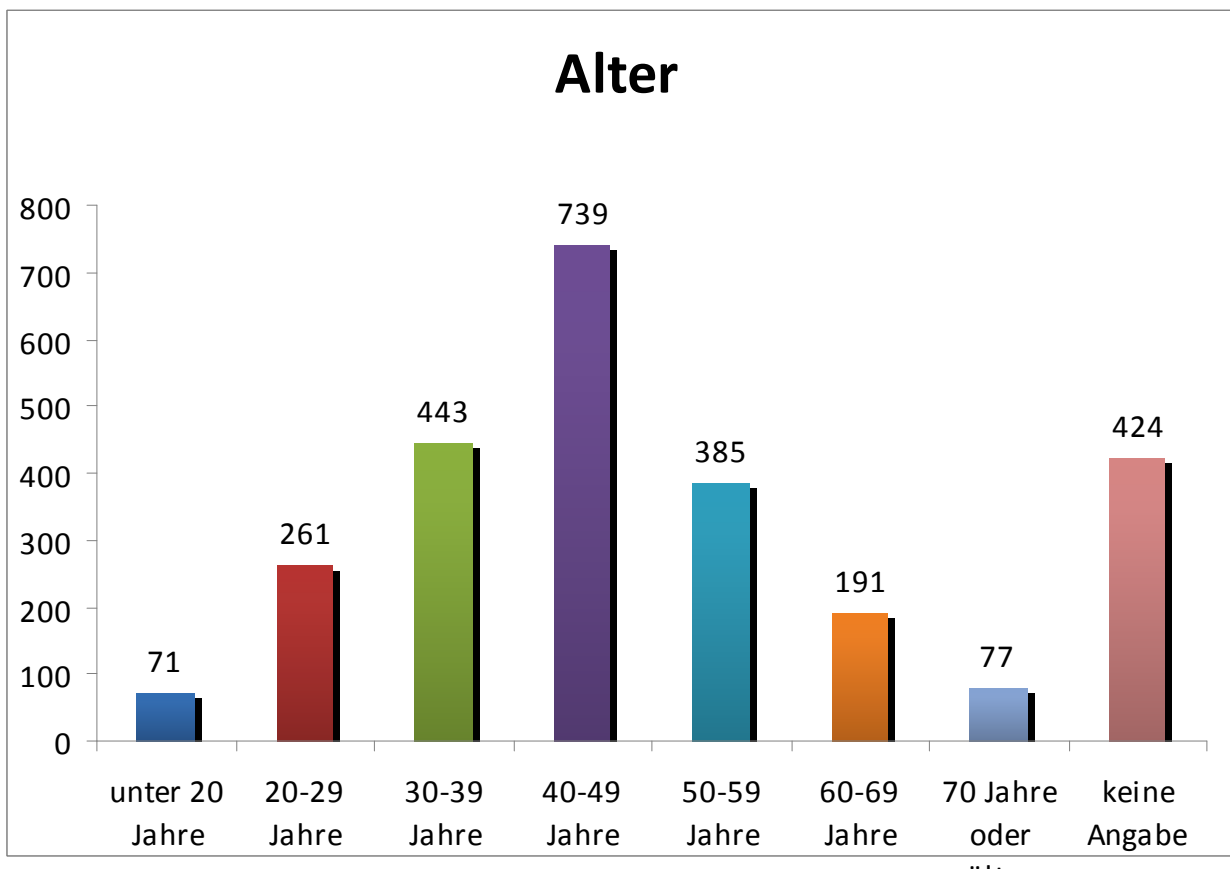
7 Anlagen

1. Statistische Grafiken
2. Auswertungen Abstimmungsergebnisse Beteiligungsverfahren und politische Entscheidungen

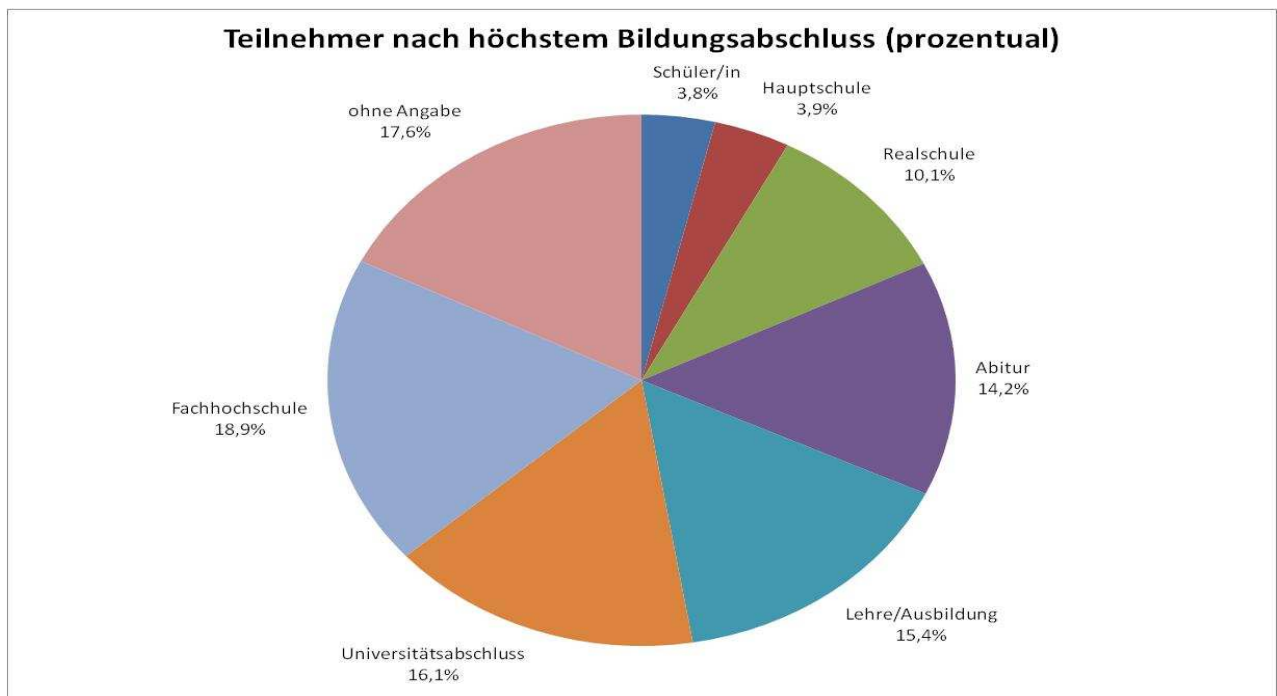
2010



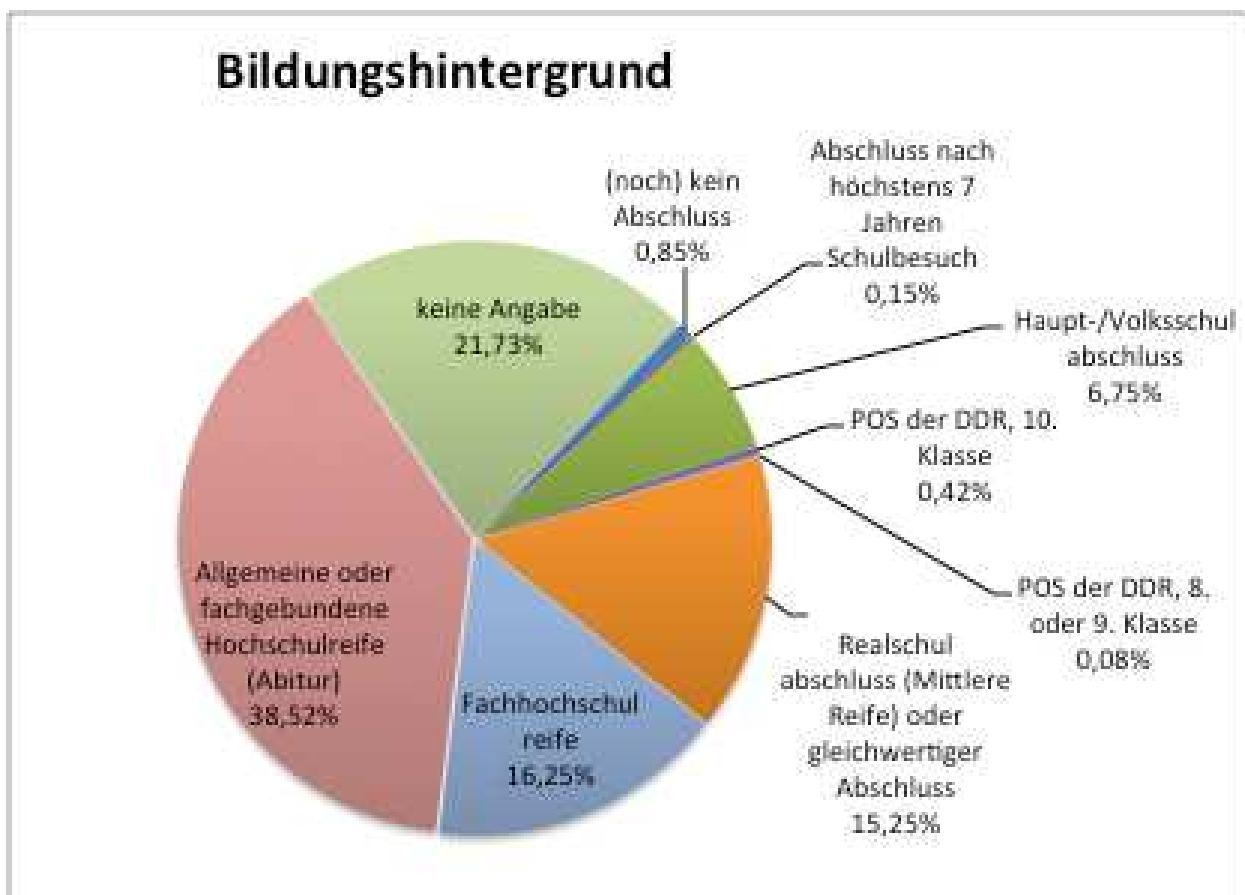
2012



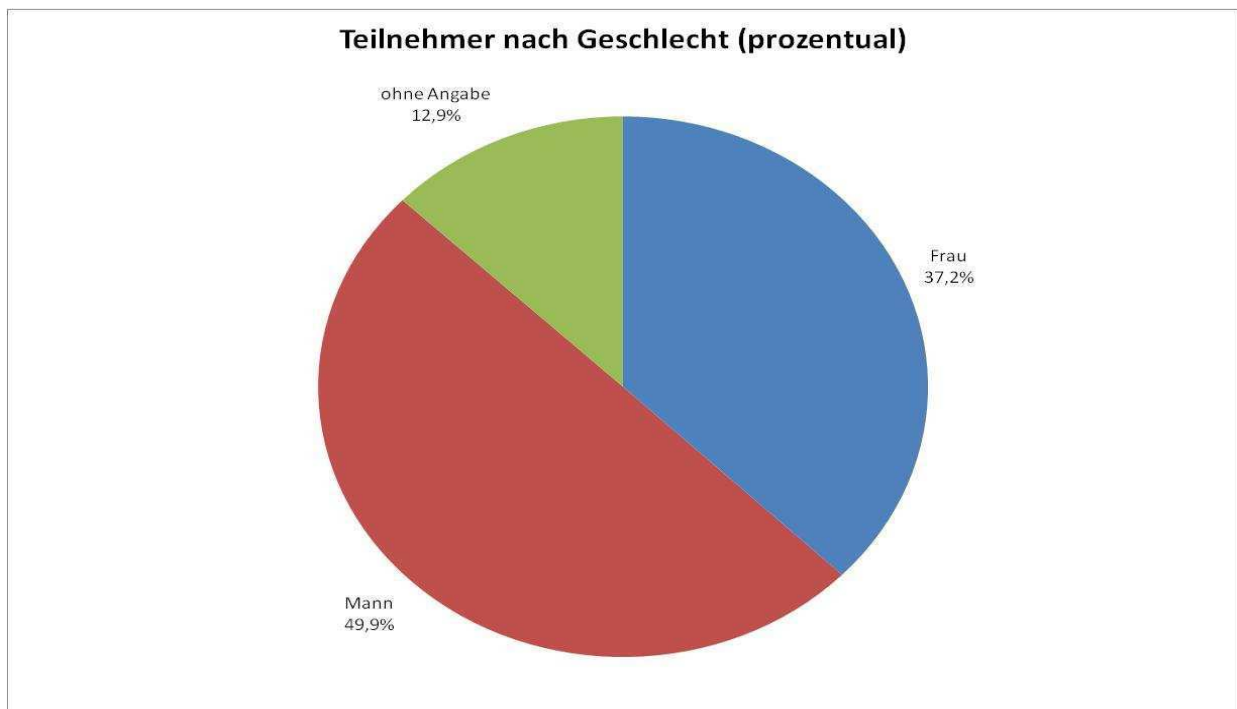
2010



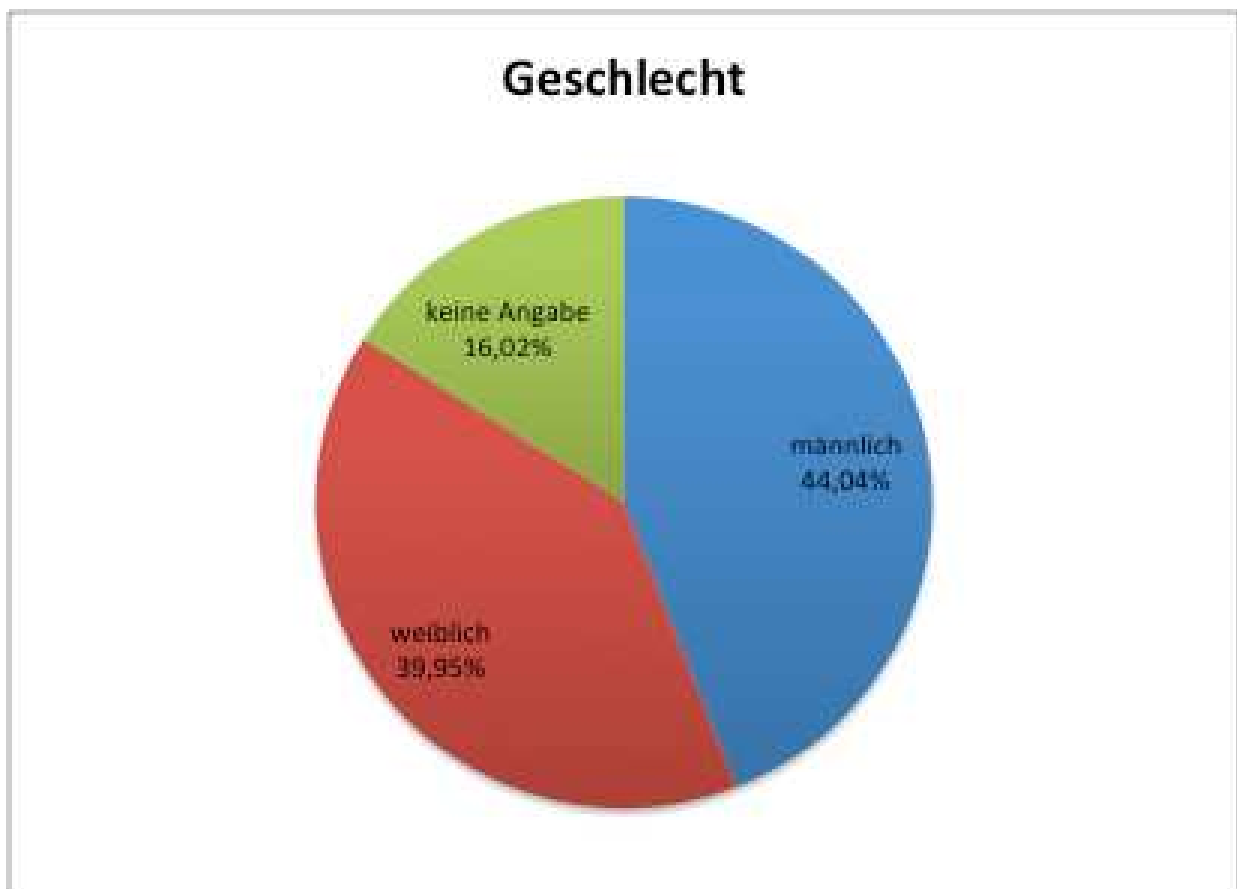
2012



2010



2012



Auswertung der Abstimmungsergebnisse zu den von der Verwaltung vorgeschlagenen HSK-Maßnahmen für die Bürgerbeteiligung 2012 incl. Beschlüsse des Finanzausschusses und des Rates

Grün = mehrheitliche Zustimmung der Maßnahme durch die Teilnehmer an der Bürgerbeteiligung
Rot = mehrheitliche Ablehnung der Maßnahme durch die Teilnehmer an der Bürgerbeteiligung
Gelb = mehrheitlich neutrale Meinung zu der Maßnahme

Nr.	Titel der Maßnahme	Finanzausschuss		Ergebnis	Rat		Ergebnis	Voten Internet			Voten Solinger Tageblatt			Votum Rat abweichend vom Bürgervotum im Internet
		dafür	dagegen		dafür	dagegen		Pro	Neutral	Contra	Pro	Neutral	Contra	
V1	M263 Konsolidierungsbeitrag Stadtsparkasse Solingen (ergebnisabhängig) ab 2013: 500.000 ab 2014: 1.000.000 ab 2015: 1.500.000	SPD, B90/Grüne, BfS, DSW	CDU, FDP	Mehrheitlich beschlossen (8:7)	SPD, B90/Grüne, BfS, DSW, CDU, FDP, FBU	SG-Aktiv	*	687 87%	41 5%	66 8%	61 74%	16 19%	6 7%	
V2	M264 Konsolidierungsbeitrag der Technische Betriebe Solingen (TBS) ab 2013: 130.000 ab 2014: 130.000 ab 2015: 200.000	SPD, B90/Grüne, BfS, DSW	CDU, FDP	Mehrheitlich beschlossen (8:7)	SPD, B90/Grüne, BfS, DSW, CDU, FDP, FBU	SG-Aktiv	*	538 78%	57 8%	97 14%	50 60%	12 15%	21 25%	
V3	M267 Weitere Erhöhung der Automatensteuer ab 2013: 150.000	SPD, B90/Grüne, BfS, DSW	CDU, FDP	Mehrheitlich beschlossen (8:7)	SPD, B90/Grüne, BfS, DSW, CDU, FDP, FBU	SG-Aktiv	*	777 97%	11 1%	14 2%	73 88%	6 7%	4 5%	

* Keine Einzelabstimmung, im Rahmen einer Gesamtabstimmung mehrheitlich beschlossen (71:1)

Nr.	Titel der Maßnahme	Finanzausschuss		Ergebnis	Rat		Ergebnis	Voten Internet			Voten Solinger Tageblatt			Votum Rat abweichend vom Bürgervotum im Internet
		dafür	dagegen		dafür	dagegen		Pro	Neutral	Cont ra	Pro	Neu tral	Cont ra	
V4	M249 Reduktion der Kosten für Straßenlaternen durch Einsatz energiesparender Technologien ab 2013: 100.000	SPD, B90/Grüne, BfS, DSW	CDU, FDP	Mehrheitlich beschlossen (8:7)	SPD, B90/Grüne, BfS, DSW, CDU, FDP, FBU	SG-Aktiv	*	828 97%	10 1%	16 2%	74 89%	4 5%	5 6%	
V5	M251 Energetische Sanierung, Energieeffizienz & Einsatz regenerativer Energien usw. im städtischen Gebäudebestand ab 2014: 159.000	<p>Die Fraktionen SPD, B90/Grüne, BfS, DSW haben zu der Maßnahme folgenden Antrag gestellt: Die Maßnahme erhält die neue Bezeichnung „Klimaschutzkonzept“ Hierunter wird Folgendes verstanden: Energetische Sanierung, Energieeffizienz und Erneuerbare Energien, Bürgerfonds etc.; Anlagencontracting; Teilnahme an Förderprogrammen im städtischen Gebäudebestand; fifty-fifty; Verpachtung öffentlicher Dach- Gebäudeflächen für Anlagen zur Erzeugung regenerativer Energien; Aufstellung von BHKWs; effiziente Kontrolle von Gebäudeheizung und -beleuchtung in allen öffentlichen Gebäuden / Sporthallen; Sonnenenergie nutzen. Siehe auch Bürgervorschläge. Potential: 2013: 40.000 € 2014: 235.000 € 2015 ff: 350.000 €</p> <p>Zusätzlich haben die Fraktionen SPD, B90/Grüne, BfS, DSW einen Antrag zur Einrichtung eines/r Klimaschutzmitarbeiter/in gestellt. Potential: 2013 ff: - 30.000 €.</p>						661 91%	21 3%	47 6%	59 71%	14 17%	10 12%	X (darüber hinaus gehend)

* Keine Einzelabstimmung, im Rahmen einer Gesamtabstimmung mehrheitlich beschlossen (71:1)

Nr.	Titel der Maßnahme	Finanzausschuss		Ergebnis	Rat		Ergebnis	Voten Internet			Voten Solinger Tageblatt			Votum Rat abweichend vom Bürgervotum im Internet	
		dafür	dagegen		dafür	dagegen		Pro	Neutral	Cont ra	Pro	Neu tral	Cont ra		
		Das Abstimmungsergebnis zu beiden Anträgen lautet:													
		SPD, B90/Grüne, BfS, DSW, CDU, FDP	./.	Ein-stimmig be-schlos-sen	SPD, B90/Grüne, BfS, DSW, CDU, FDP, FBU	SG-Aktiv	*								
V6	M268 Erhöhung Grundsteuer B 2018: 2.600.000 2019: 6.900.000	Nach derzeitigem Stand wäre zur Erreichung des Haushaltsausgleichs eine Erhöhung der Grundsteuer B in 2018 um 20 Hebesatzpunkte (= ca. 1,1 Mio. €) und 2019 um weitere 102 Hebesatzpunkte (= ca. 6,9 Mio. €) notwendig. Da es sich hierbei nur um rechnerische Größen handelt und weiter aktiv an einer Vermeidung der Grundsteuererhöhung gearbeitet wird, war hierzu kein Beschluss notwendig.						91 11%	57 7%	670 82%	8 10%	18 22%	57 68%		
V7	M201 Ausweitung Parkraumbewirtschaftung Cheruskerstraße und Umgebung ab 2013: 90.000	SPD, B90/Grüne, BfS, DSW	CDU, FDP	Mehrheitlich be-schlos-sen (8:7)	SPD, B90/Grüne, BfS, DSW, CDU, FDP, FBU	SG-Aktiv	*	419 56%	75 10%	252 34%	34 41%	16 19%	33 40%		
V8	M187 Turnhalle Adolf-Clarenbach-Straße (WMTV): Vertragsneugestaltung / Übergabe an Verein ab 2013: 25.000	SPD, B90/Grüne, BfS, DSW	CDU, FDP	Mehrheitlich be-schlos-sen (8:7)	SPD, B90/Grüne, BfS, DSW, CDU, FDP,	SG-Aktiv	*	597 85%	66 9%	41 6%	64 77%	15 18%	4 5%		

* Keine Einzelabstimmung, im Rahmen einer Gesamtabstimmung mehrheitlich beschlossen (71:1)

Nr.	Titel der Maßnahme	Finanzausschuss		Ergebnis	Rat		Ergebnis	Voten Internet			Voten Solinger Tageblatt			Votum Rat abweichend vom Bürgervotum im Internet
		dafür	dagegen		dafür	dagegen		Pro	Neutral	Cont ra	Pro	Neu tral	Cont ra	
V9	M121 Weitere Entgelterhöhung Walter-Bremer-Institut ab 2013: 65.000	SPD, B90/Grüne, BfS, DSW	CDU, FDP	Mehrheitlich beschlossen (8:7)	SPD, B90/Grüne, BfS, DSW, CDU, FDP, FBU	SG-Aktiv	*	434 42%	86 9%	505 49%	39 47%	19 23%	25 30%	X
V10	M125a Flächenoptimierung bei Schulgebäuden: GS Gottlieb-Heinrich-Straße, Aufgabe Teilstandort Wittkuller Straße ab Sommer 2013: 158.000	SPD, B90/Grüne, BfS, DSW	CDU, FDP	Mehrheitlich beschlossen (8:7)	SPD, B90/Grüne, BfS, DSW, CDU, FDP, FBU	SG-Aktiv	*	546 79%	73 11%	71 10%	59 72%	15 17%	9 11%	
V11	M125b Flächenoptimierung bei Schulgebäuden: GS Am Rosenkamp, Abriss der Pavillons ab Sommer 2013: 47.000	SPD, B90/Grüne, BfS, DSW	CDU, FDP	Mehrheitlich beschlossen (8:7)	SPD, B90/Grüne, BfS, DSW, CDU, FDP, FBU	SG-Aktiv	*	432 45%	73 8%	449 47%	50 60%	14 17%	19 23%	X
V12	M125c Flächenoptimierung bei Schulgebäuden: GS Yorckstraße, Abriss des Pavillons ab Sommer 2013: 19.700	SPD, B90/Grüne, BfS, DSW	CDU, FDP	Mehrheitlich beschlossen (8:7)	SPD, B90/Grüne, BfS, DSW, CDU,	SG-Aktiv	*	502 78%	80 12%	66 10%	59 72%	16 18%	8 10%	

* Keine Einzelabstimmung, im Rahmen einer Gesamtabstimmung mehrheitlich beschlossen (71:1)

Nr.	Titel der Maßnahme	Finanzausschuss		Ergebnis	Rat		Ergebnis	Voten Internet			Voten Solinger Tageblatt			Votum Rat abweichend vom Bürgervotum im Internet
		dafür	dagegen		dafür	dagegen		Pro	Neutral	Cont ra	Pro	Neu tral	Cont ra	
					FDP, FBU									
V13	M125d Flächenoptimierung bei Schulgebäuden: GS Meigen, Aufgabe Nebengebäude Kirschbaumshöhe (Schützenstraße 119) ab Sommer 2013: 122.600	SPD, B90/Grüne, BfS, DSW	CDU, FDP	Mehrheitlich beschlossen (8:7)	SPD, B90/Grüne, BfS, DSW, CDU, FDP, FBU	SG-Aktiv	*	470 57%	64 8%	292 35%	56 67%	18 22%	9 8%	
V14	M125e Flächenoptimierung bei Schulgebäuden: Aufgabe HS Ohligs (ohne Sporthalle) ab Sommer 2013: 457.878	SPD, B90/Grüne, BfS, DSW	CDU, FDP	Mehrheitlich beschlossen (8:7)	SPD, B90/Grüne, BfS, DSW, CDU, FDP, FBU	SG-Aktiv	*	564 86%	44 7%	49 7%	56 67%	18 22%	9 8%	
V15	M125f Flächenoptimierung bei Schulgebäuden: Aufgabe HS Krahenhöhe (ohne Sporthalle) ab Sommer 2014: 487.000	SPD, B90/Grüne, BfS, DSW	CDU, FDP	Mehrheitlich beschlossen (8:7)	SPD, B90/Grüne, BfS, DSW, CDU, FDP, FBU	SG-Aktiv	*	525 82%	52 8%	62 10%	57 69%	16 19%	10 12%	

* Keine Einzelabstimmung, im Rahmen einer Gesamtabstimmung mehrheitlich beschlossen (71:1)

Auswertung der Abstimmungsergebnisse zu den von der Verwaltung vorgeschlagenen Investitionsmaßnahmen für die Bürgerbeteiligung 2012 incl. Beschlüsse des Finanzausschusses und des Rates

Grün = mehrheitliche Zustimmung der Maßnahme durch die Teilnehmer an der Bürgerbeteiligung
Rot = mehrheitliche Ablehnung der Maßnahme durch die Teilnehmer an der Bürgerbeteiligung
Gelb = mehrheitlich neutrale Meinung zu der Maßnahme

Nr.	Titel der Maßnahme	Finanzausschuss		Ergebnis	Rat		Ergebnis	Voten Internet			Voten Solinger Tageblatt			Votum Rat abweichend vom Bürgervotum im Internet
		dafür	dagegen		dafür	dagegen		Pro	Neutral	Contra	Pro	Neutral	Contra	
V16	I1 Umgestaltung Verkehrsknoten Friedrichstraße / Katternberger Straße / Kölner Straße 2012: 50.000 2013: 512.000	Die Fraktionen SPD, B90/Grüne, BfS, DSW haben zu der Maßnahme folgenden Antrag gestellt: „Die Maßnahme wird auf 2015 ff. verschoben und mit dem Sperrvermerk „Frei nach Beschluß ASUKM“ versehen.“ Das Abstimmungsergebnis zum Antrag lautet: SPD, B90/Grüne, BfS, DSW CDU bei Enthaltung FDP Mehrheitlich beschlossen (8:5) SPD, B90/Grüne, BfS, DSW, CDU, FDP, FBU SG-Aktiv *						263 39%	103 15%	301 45%	32 39%	14 17%	37 44%	
V17	I2 Attraktivierung Konrad-Adenauer-Str.: Herabsetzung der Maßnahme um 1 Mio. EURO 2012: 200.000 2014: 2.175.000 2015: 3.314.000	Die Fraktionen SPD, B90/Grüne, BfS, DSW haben zu der Maßnahme folgenden Antrag gestellt: „Die Verwaltung wird aufgefordert zu prüfen, ob eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 500.000 Euro im Etat 2013 eingesetzt werden kann, damit die Maßnahme bereits in 2013 begonnen werden kann und 2014 kassenwirksam wird.“ Dieser Antrag wurde im Finanzausschuss wie folgt geändert: „Die Verwaltung wird aufgefordert zu prüfen, ob der Eigen-						440 69%	48 8%	148 23%	33 40%	24 29%	26 31%	X

* Keine Einzelabstimmung, im Rahmen einer Gesamtabstimmung mehrheitlich beschlossen (71:1)

Nr.	Titel der Maßnahme	Finanzausschuss		Ergebnis	Rat		Ergebnis	Voten Internet			Voten Solinger Tageblatt			Votum Rat abweichend vom Bürgervotum im Internet
		dafür	dagegen		dafür	dagegen		Pro	Neutral	Cont ra	Pro	Neu tral	Cont ra	
		<p>anteil der Stadt Solingen abgesenkt werden und eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 500.000 Euro im Etat 2013 eingesetzt werden kann, damit die Maßnahme bereits in 2013 begonnen werden kann und 2014 kassenwirksam wird.“</p> <p>Damit steht die Maßnahme weiterhin mit den erhöhten und nicht mit den abgesenkten (siehe linke Spalte) Beträgen im Haushaltsplan.</p> <p>Das Abstimmungsergebnis zum Antrag lautet:</p>												
		SPD, B90/Grüne, BfS, DSW, CDU, FDP	./.	Ein-stimmig be-schlossen	SPD, B90/Grüne, BfS, DSW, CDU, FDP, FBU	SG-Aktiv	*							
V18	I3 Erneuerung Brücke Horn („Juckelbrücke“) 2012: 60.000	Die Verwaltung hat die Maßnahme in das Jahr 2013 verschoben. Das Abstimmungsergebnis hierzu lautet:						429 67%	87 13%	129 20%	67 81%	12 14%	4 5%	
		SPD, B90/Grüne, BfS, DSW	CDU, FDP	Mehr-heitlich be-schlossen (8:7)	SPD, B90/Grüne, BfS, DSW, CDU, FDP, FBU	SG-Aktiv	*							

* Keine Einzelabstimmung, im Rahmen einer Gesamtabstimmung mehrheitlich beschlossen (71:1)

Nr.	Titel der Maßnahme	Finanzausschuss		Ergebnis	Rat		Ergebnis	Voten Internet			Voten Solinger Tageblatt			Votum Rat abweichend vom Bürgervotum im Internet	
		dafür	dagegen		dafür	dagegen		Pro	Neutral	Cont ra	Pro	Neu tral	Cont ra		
V19	I4 Toilettenanlage Engelsberger Hof 2013: 50.000	SPD, B90/Gr üne, BfS, DSW	CDU, FDP	Mehr- heitlich be- schlos- sen (8:7)	SPD, B90/Gr üne, BfS, DSW, CDU, FDP, FBU	SG- Aktiv	*	471 71%	59 9%	137 20%	63 76%	7 8%	13 16%		
V20	I5 Erneuerung Brücken Engelsberger Hof 2012: 23.000 2013: 23.000 2014: 116.000	Die Verwaltung hat die Maßnahme in das Jahr 2016 ver- schoben. Das Abstimmungsergebnis hierzu lautet:							202 33%	53 8%	364 59%	40 48%	11 13%	32 39%	
		SPD, B90/Gr üne, BfS, DSW	CDU, FDP	Mehr- heitlich be- schlos- sen (8:7)	SPD, B90/Gr üne, BfS, DSW, CDU, FDP, FBU	SG- Aktiv	*								
V21	I6 Sanierung Brücke Obernürden 2014: 100.000	Die Brücke befindet sich nicht mehr in städtischem, sondern in privatem Besitz. Von daher wurde die Maßnahme von der Verwaltung aus dem Investitionsplan herausgenommen. Eine Bezuschussung der Sanierung könnte evt. aus konsumtiven Mitteln erfolgen, Wenn die genaue Höhe des benötigten Betrags feststeht, kann über eine Aufnahme in den Haus- haltsplan 2014 nachgedacht werden. Eine Abstimmung dar- über konnte somit nicht stattfinden.							366 62%	97 17%	126 21%	28 34%	52 63%	3 3%	
V22	I7 Erneuerung Brücke Fallerslebenweg 2013: 610.000	Die Verwaltung hat die Maßnahme nicht in die Haushalts- pläne 2012 und 2013 aufgenommen. Eine Abstimmung darüber konnte somit nicht stattfinden.							110 19%	128 22%	346 59%	22 26%	28 34%	33 40%	

* Keine Einzelabstimmung, im Rahmen einer Gesamtabstimmung mehrheitlich beschlossen (71:1)

Nr.	Titel der Maßnahme	Finanzausschuss		Ergebnis	Rat		Ergebnis	Voten Internet			Voten Solinger Tageblatt			Votum Rat abweichend vom Bürgervotum im Internet
		dafür	dagegen		dafür	dagegen		Pro	Neutral	Contra	Pro	Neutral	Contra	
V23	I8 Einbau Personenaufzug im Theater und Konzerthaus 2015: 150.000	Abstimmungsergebnis im Finanzausschuss zur Maßnahme an sich:						185 27%	29 4%	463 69%	34 41%	12 14%	37 45%	X
		SPD, B90/Grüne, BfS, DSW	CDU, FDP	Mehrheitlich beschlossen (8:7)										
		Die Fraktionen SPD, B90/Grüne, BfS, DSW haben im Finanzausschuss zusätzlich folgenden Antrag gestellt: „Die Verwaltung soll prüfen, ob Mittel über Nordstadt/Konrad-Adenauer-Straße oder andere Fördermöglichkeiten zu generieren sind.“ Abstimmungsergebnis im Finanzausschuss hierzu:												
		SPD, B90/Grüne, BfS, DSW, CDU, FDP	./.	Einstimmig beschlossen										
		Abstimmungsergebnis zu der Maßnahme incl. Antrag im Rat:												
					SPD, B90/Grüne, BfS, DSW, CDU, FDP,	SG-Aktiv	*							

* Keine Einzelabstimmung, im Rahmen einer Gesamtabstimmung mehrheitlich beschlossen (71:1)

Nr.	Titel der Maßnahme	Finanzausschuss		Ergebnis	Rat		Ergebnis	Voten Internet			Voten Solinger Tageblatt			Votum Rat abweichend vom Bürgervotum im Internet
		dafür	dagegen		dafür	dagegen		Pro	Neutral	Cont ra	Pro	Neu tral	Cont ra	
V24	I9 Neubau Gerätehaus Freiwillige Feuerwehr, Löschgruppe 7 – Raffaelstraße 2012: 500.000 2013: 500.000	SPD, B90/Grüne, BfS, DSW	CDU, FDP	Mehrheitlich beschlossen (8:7)	FBU	SG-Aktiv	*	379 61%	84 13%	162 26%	61 74%	11 13%	11 13%	
V25	I10 Feuerwehr: Neubeschaffung Mannschaftstransportfahrzeuge 2012: 159.000 2015: 231.000	SPD, B90/Grüne, BfS, DSW	CDU, FDP	Mehrheitlich beschlossen (8:7)	SPD, B90/Grüne, BfS, DSW, CDU, FDP, FBU	SG-Aktiv	*	397 65%	65 11%	149 24%	60 72%	10 12%	13 16%	
V26	I11 Feuerwehr: Neubeschaffung Drehleiterfahrzeug 2012: 440.000 2013: 280.000	SPD, B90/Grüne, BfS, DSW	CDU, FDP	Mehrheitlich beschlossen (8:7)	SPD, B90/Grüne, BfS, DSW, CDU, FDP, FBU	SG-Aktiv	*	448 74%	57 9%	105 17%	64 77%	13 16%	6 7%	
V27	I12 Neubeschaffung verschiedene Abrollbehälter 2013: 230.000 2014: 760.000 2015: 585.400	SPD, B90/Grüne, BfS, DSW	CDU, FDP	Mehrheitlich beschlossen	SPD, B90/Grüne, BfS, DSW,	SG-Aktiv	*	385 64%	83 14%	129 22%	49 59%	19 23%	15 18%	

* Keine Einzelabstimmung, im Rahmen einer Gesamtabstimmung mehrheitlich beschlossen (71:1)

Nr.	Titel der Maßnahme	Finanzausschuss		Ergebnis	Rat		Ergebnis	Voten Internet			Voten Solinger Tageblatt			Votum Rat abweichend vom Bürgervotum im Internet
		dafür	dagegen		dafür	dagegen		Pro	Neutral	Cont ra	Pro	Neu tral	Cont ra	
				(8:7)	CDU, FDP, FBU									
V28	I13 Neubeschaffung Löschfahrzeuge 2012: 389.000 2014: 700.000 2015: 2.000.000	SPD, B90/Grüne, BfS, DSW	CDU, FDP	Mehrheitlich beschlossen (8:7)	SPD, B90/Grüne, BfS, DSW, CDU, FDP, FBU	SG-Aktiv	*	416 68%	65 11%	127 21%	60 72%	15 18%	8 10%	
V29	I14 Neubeschaffung Tanklöschfahrzeuge 2012: 100.000 2013: 510.000	SPD, B90/Grüne, BfS, DSW	CDU, FDP	Mehrheitlich beschlossen (8:7)	SPD, B90/Grüne, BfS, DSW, CDU, FDP, FBU	SG-Aktiv	*	416 70%	60 10%	121 20%	62 75%	15 18%	6 7%	
V30	I15 Neubeschaffung Gerätewagen Logistik 2014: 412.000	SPD, B90/Grüne, BfS, DSW	CDU, FDP	Mehrheitlich beschlossen (8:7)	SPD, B90/Grüne, BfS, DSW, CDU, FDP, FBU	SG-Aktiv	*	365 61%	78 13%	158 26%	57 69%	15 18%	11 13%	

* Keine Einzelabstimmung, im Rahmen einer Gesamtabstimmung mehrheitlich beschlossen (71:1)

Politische Anträge und Entscheidungen im Zusammenhang mit Bürgervorschlägen

1.) beschlossene Anträge für Prüfaufträge an die Verwaltung

Antrag	Antragsteller	Gremium	Abstimmungsergebnis		Gremium	Gesamtergebnis im Rat		Ergebnis	In Zusammenhang stehende Bürgervorschläge
			dafür	dagegen		dafür	dagegen		
Prüfung, ob durch Nutzung von Online-Versandformen wirtschaftlich Vorteile erreichbar sind	CDU	Haupt- und Personalausschuss, Finanzausschuss	SPD, B90/Grüne, BfS, DSW, CDU, FDP	./.	Rat	SPD, B90/Grüne, BfS, DSW, CDU, FDP, FBU	SG-Aktiv	*: Prüfauftrag an die Verwaltung	B16: „Bürokratieabbau: Ausschließlicher Versand städtischer Unterlagen an Ratsmitglieder per eMail“
Bürgervorschlag "Post der Stadtverwaltung reduzieren": Die Verwaltung soll prüfen, ob eine weitgehende Umstellung auf elektronische Kommunikation möglich ist.	SPD, B90/Grüne, BfS, DSW	Haupt- und Personalausschuss, Finanzausschuss	SPD, B90/Grüne, BfS, DSW, CDU, FDP	./.	Rat	SPD, B90/Grüne, BfS, DSW, CDU, FDP, FBU	SG-Aktiv	*: Prüfauftrag an die Verwaltung	B254: „Post der Stadtverwaltung reduzieren“
"Überprüfung der Kfz-Versicherungen der kommunalen Fahrzeuge": Die Verwaltung soll die möglichen Einsparungen darstellen.	SPD, B90/Grüne, BfS, DSW	Haupt- und Personalausschuss, Finanzausschuss	SPD, B90/Grüne, BfS, DSW, CDU, FDP	./.	Rat	SPD, B90/Grüne, BfS, DSW, CDU, FDP, FBU	SG-Aktiv	*: Prüfauftrag an die Verwaltung	B104: „Überprüfung der Kfz-Versicherungen der kommunalen Fahrzeuge“
Überprüfung der Nutzung von leerstehenden Gebäuden. Die Verwaltung soll die möglichen Einsparungen prüfen und darstellen.	SPD, B90/Grüne, BfS, DSW	Finanzausschuss	SPD, B90/Grüne, BfS, DSW, CDU, FDP	./.	Rat	SPD, B90/Grüne, BfS, DSW, CDU, FDP, FBU	SG-Aktiv	*: Prüfauftrag an die Verwaltung	B101: „Nutzung von leerstehenden Gebäuden“

* Keine Einzelabstimmung, im Rahmen einer Gesamtabstimmung mehrheitlich beschlossen (71:1)

Antrag	Antragsteller	Gremium	Abstimmungsergebnis		Gremium	Gesamtergebnis im Rat		Ergebnis	In Zusammenhang stehende Bürgervorschläge
			dafür	dagegen		dafür	dagegen		
Ausstattung des städtischen Fuhrparks mit Elektro- und Erdgasbetriebenen Fahrzeugen Antragsziel (Potential): 2013 ff: 10.000 EUR p. a.	SPD, B90/Grüne, BfS, DSW	Finanzausschuss	SPD, B90/Grüne, BfS, DSW, CDU, FDP	./.	Rat	SPD, B90/Grüne, BfS, DSW, CDU, FDP, FBU	SG-Aktiv	*: Prüfauftrag an die Verwaltung	B17: „Erdgasbetriebene Dienstfahrzeuge“
Verbesserung der Verkehrsüberwachung: Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept zu entwickeln, wie die Verkehrsüberwachung u.a. während der heute nicht überwachten Nachtstunden verbessert werden kann Antragsziel (Potential): ab 2014: 10.000 EUR p. a.	SPD, B90/Grüne, BfS, DSW	Finanzausschuss	SPD, B90/Grüne, BfS, DSW,	CDU, FDP	Rat	SPD, B90/Grüne, BfS, DSW, CDU, FDP, FBU	SG-Aktiv	*: Prüfauftrag an die Verwaltung	B56: „Verkehrsüberwachung“
neue Maßnahme: Taubenschläge Antragsziel: 1.000 EUR ab 2017 Die strukturelle Einsparung liegt in der Entlastung von Reinigungskosten	CDU	Finanzausschuss	SPD, B90/Grüne, BfS, DSW, CDU, FDP	./.	Rat	SPD, B90/Grüne, BfS, DSW, CDU, FDP, FBU	SG-Aktiv	*: Prüfauftrag an die Verwaltung	B68: „Taubenschläge“
Kreisverkehre bewirtschaften Antragsziel: 5.500 EUR p. a. ab 2014	CDU	Finanzausschuss	SPD, B90/Grüne, BfS, DSW, CDU, FDP	./.	Rat	SPD, B90/Grüne, BfS, DSW, CDU, FDP, FBU	SG-Aktiv	*: Prüfauftrag an die Verwaltung	B176: „Kreisverkehre bewirtschaften“
Einsatz strategisch-analytischer Software für Investitionen und Controlling	CDU	Finanzausschuss	SPD, B90/Grüne, BfS, DSW,	./.	Rat	SPD, B90/Grüne, BfS, DSW,	SG-Aktiv	*: Prüfauftrag an die Verwaltung	B311: „Einsatz strategisch-analytischer Software für Investitionen und Controlling“

Antrag	Antragsteller	Gremium	Abstimmungsergebnis		Gremium	Gesamtergebnis im Rat		Ergebnis	In Zusammenhang stehende Bürgervorschläge
			dafür	dagegen		dafür	dagegen		
			CDU, FDP			CDU, FDP, FBU			

* Keine Einzelabstimmung, im Rahmen einer Gesamtabstimmung mehrheitlich beschlossen (71:1)

Politische Anträge und Entscheidungen im Zusammenhang mit Bürgervorschlägen

2.) beschlossene / zurückgezogene Anträge auf Aufnahme von Maßnahmen bzw. Anpassung von Maßnahmen in den Haushaltssanierungsplan

Antrag	Antragsteller	Gremium	Abstimmungsergebnis		Gremium	Gesamtergebnis im Rat		Ergebnis	In Zusammenhang stehende Bürgervorschläge
			dafür	dagegen		dafür	dagegen		
<p>Carsharing / Carpooling für städtische Fahrzeuge 2013: 10.000 € 2014: 15.000 € 2015 ff: 20.000 €</p> <p>Erläuterung Antragsteller: Im Rahmen eines umfassenden Mobilitätskonzeptes, das die Verwaltung erstellen soll, und das die unterschiedlichen Mobilitätsträger Auto, ÖPNV, Rad und Fußgängerverkehr sinnvoll miteinander verbindet, wird das Carsharing eine wichtige Rolle spielen.</p>	SPD, B90/Grüne, BfS, DSW	Finanzausschuss	SPD, B90/Grüne, BfS, DSW, CDU, FDP	./.	Rat	SPD, B90/Grüne, BfS, DSW, CDU, FDP, FBU	SG-Aktiv	*: Aufnahme der Maßnahme in den Haushaltssanierungsplan	B4: „CarSharing/CarPooling für städtische Fahrzeuge“ B49: „Aufbau städtisches Carsharing Unternehmen unter Nutzung von Überkapazitäten“
<p>Anpassung der bestehenden Maßnahme M251 „Energetische Sanierung, Energieeffizienz & Einsatz regenerativer Energien (Bürgerfond Solar etc.), Anlagencontracting, Teilnahme an Förderprogrammen im städtischen Gebäudebestand“:</p> <p>Neuer Titel: „Klimaschutzkonzept“</p> <p>Potentialerhöhung 2013: 0 EUR auf 40.000 EUR Potentialerhöhung 2014: 160.000 EUR</p>	SPD, B90/Grüne, BfS, DSW	Finanzausschuss	SPD, B90/Grüne, BfS, DSW, CDU, FDP	./.	Rat	SPD, B90/Grüne, BfS, DSW, CDU, FDP, FBU	SG-Aktiv	*: Anpassung der Maßnahme im Haushaltssanierungsplan	B43: „Heizkosteneinsparung“ B93: „effiziente Kontrolle der Sporthallenheizung und -wartung“ B109: „Alternative Energien und Bürgerbeteiligung“ B116: „Sonnenenergie nutzen“ B152: „Stromeinsparung“ B163: „Verpachtung von Dachflächen“ (B170: „Sparsame Beleuchtung der öffentlichen Ge-

* Keine Einzelabstimmung, im Rahmen einer Gesamtabstimmung mehrheitlich beschlossen (71:1)

Antrag	Antragsteller	Gremium	Abstimmungsergebnis		Gremium	Gesamtergebnis im Rat		Ergebnis	In Zusammenhang stehende Bürgervorschläge
			dafür	dagegen		dafür	dagegen		
<p>auf 235.000 EUR Potentialerhöhung 2015 ff. 260.000 EUR auf 350.000 EUR</p> <p>Zusätzlich neue Maßnahme: Einrichtung eines/r Verwaltungsmitarbeiter/in Klimaschutz geschätzte Vorleistung lt. Antragsteller: 30.000 EUR ab 2013</p>									<p>bäude") B180: „Energiemanagement“ B197: „Vermarktung von Dachflächen auf Schulen, öffentlichen Gebäuden“ B201: „Intelligente Heiztechnik in öffentlichen Gebäuden“ B251: „Solaranlagen auf öff. Gebäuden“ B264: „Heizkosten senken in öffentlichen Gebäuden“</p>
<p>Heizkosteneinsparung Antragsziel: 2016 ff: 25.000 EUR p. a. Zu dem Prüfauftrag: In welchen städtischen Liegenschaften gibt es Heizungssteuerungsanlagen? In wie vielen Fällen sind diese nicht ordnungsgem. Funktionsfähig? In welchem Verhältnis steht Nachrüstungen/Austausch von Steuerungsanlagen zu möglichen Einsparungen?</p>	CDU	Dieser Antrag wurde im Hinblick auf die o. g. und beschlossene Maßnahme zurückgezogen.							
<p>Neue Maßnahme: Verpachtung von Dachflächen</p>	CDU	Dieser Antrag wurde im Hinblick auf die o. g. und beschlossene Maßnahme zurückgezogen.							
<p>Verpachtung öffentlicher Dach- und Gebäudeflächen für Anlagen zur Erzeugung regenerativer Energien 2013: 60.000 EUR 2014: 300.000 EUR 2015 ff: 450.000 EUR</p>	SG-Aktiv	Dieser Antrag wurde im Hinblick auf die o. g. und beschlossene Maßnahme zurückgezogen.							

Antrag	Antragsteller	Gremium	Abstimmungsergebnis		Gremium	Gesamtergebnis im Rat		Ergebnis	In Zusammenhang stehende Bürgervorschläge
			dafür	dagegen		dafür	dagegen		
Inhaltliche Anpassung der Maßnahme M266 – Standardabsenkung Ressortkoordinierung: Wegfall „Streichung 4. Dezernentenstelle“	SPD, B90/Grüne, BfS, DSW	Finanzausschuss	SPD, B90/Grüne, BfS, DSW, CDU, FDP	./.	Rat	SPD, B90/Grüne, BfS, DSW, CDU, FDP, FBU	SG-Aktiv	*: Anpassung der Maßnahme im Haushalts-sanierungsplan	B154: „Abbau der Hierarchie in der Verwaltung“ B310: „Reduzierung der Stellen Ressortkoordinierung“
Ungenutzte Randgrundstücke unter Beachtung der ökologischen Erfordernisse und nach Beratung im ASUKM verkaufen Die strukturelle Einsparung liegt in der Entlastung von Sollzinsen durch den Veräußerungserlös Antragsziel 2017 ff: 1.000 EUR	CDU	Finanzausschuss	SPD, B90/Grüne, BfS, DSW, CDU, FDP	./.	Rat	SPD, B90/Grüne, BfS, DSW, CDU, FDP, FBU	SG-Aktiv	*: Aufnahme der Maßnahme in den Haushalts-sanierungsplan	B44: „Ungenutzte Randgrundstücke verkaufen“

Politische Anträge und Entscheidungen im Zusammenhang mit Bürgervorschlägen

3.) abgelehnte Anträge für Prüfaufträge an die Verwaltung

Antrag	Antragsteller	Gremium	Abstimmungsergebnis		Gremium	Gesamtergebnis im Rat		Ergebnis	In Zusammenhang stehende Bürgervorschläge
			dafür	dagegen		dafür	dagegen		
M201 – Ausweitung Parkraumbewirtschaftung Prüfauftrag: Unter welchen Umständen ist es möglich und wirtschaftlich, auch das Lehrerparken an Solinger Schulen in die Parkraumbewirtschaftung einzubeziehen?	CDU	Finanzausschuss	CDU	SPD, B90/Grüne, BfS, DSW, FDP				mehrheitlich (10:5) abgelehnt	B115: „Parkgebühren für Lehrerparkplätze“

Politische Anträge und Entscheidungen im Zusammenhang mit Bürgervorschlägen

4.) abgelehnte /zurückgezogene Anträge auf Aufnahme von Maßnahmen bzw. Anpassung von Maßnahmen in den Haushaltssanierungsplan

Antrag	Antragsteller	Gremium	Abstimmungsergebnis		Gremium	Gesamtergebnis im Rat		Ergebnis	In Zusammenhang stehende Bürgervorschläge
			dafür	dagegen		dafür	dagegen		
Ausweitung Parkraumbewirtschaftung: Im Sinne der Gleichbehandlung mit städtischen Bediensteten sollen auch Lehrerparkplätze auf städtischem Grund bewirtschaftet werden. Antragsziel: 10.000 EUR p. a. ab 2013	CDU				Rat	CDU	SPD, B90/Grüne, BfS, DSW, FDP, SGAktiv	mehrheitlich abgelehnt (47:25)	B115: „Parkgebühren für Lehrerparkplätze“
Streichung der Baumschutzsatzung Antragsziel: 50.000 EUR p. a. ab 2013	FDP	Finanzausschuss	FDP	SPD, B90/Grüne, BfS, DSW, CDU				mehrheitlich (13:2) abgelehnt	B24: „Streichung der Baumschutzsatzung“ B65: „Baumschutzsatzung“ B190: „Baumschutzsatzung streichen“ B332: „Bäume schützen ja, Baumschutzsatzung nein!“
Reduzierung der Bezirksvertretungen auf insgesamt 4 Antragsziel: 30.000 EUR p. a. ab 2013	FDP	Finanzausschuss	FDP	SPD, B90/Grüne, BfS, DSW, CDU				mehrheitlich (13:2) abgelehnt	B71: „Bezirksvertretungen reduzieren“ B52: „Abschaffung bzw. Reduzierung von Bezirksvertretungen, Ausschüssen und Rat“
Einsatz von Pool- und Heimarbeitsplätzen	FDP	Der Antrag wurde zurückgezogen, da bereits Bestandteil der schon bestehenden Maßnahme M018 „Optimierung Telearbeit“).							B179: „Homeoffices“ B248: „Teilung eines Büro-Arbeitsplatzes – weniger Büro-Raumkosten + Flächenoptimierung“
Kürzung sämtlicher freiwilligen Zuwendungen und Zuschüsse, gemäß Anlage 23, um 10%	FDP	Der Antrag wurde zurückgezogen.							B47: „Freiwilligen Leistungen“ B111: „2 oder 3% auf al-

Antrag	Antragsteller	Gremium	Abstimmungsergebnis		Gremium	Gesamtergebnis im Rat		Ergebnis	In Zusammenhang stehende Bürgervorschläge
			dafür	dagegen		dafür	dagegen		
Antragsziel: 408.000 EUR p. a. ab 2013									les“ B161: „Kürzung der freiwilligen Zuschüsse“ B166: „Freiwillige Zuschüsse“ B194: „Zuschuss für Aktivitäten ausländischer Vereine, Förderung von Integrationsprojekten“ B195: „Globalzuschuss für verbandliche Aufgaben an die Jüdische Kultusgemeinde“ B297: „Globalzuschüsse für verbandliche Aufgaben nur noch mit Verwendungsnachweis“
M015 – „Harmonisierung der Organisationsstruktur“ Konkret: Kürzungen von Stellen und Personalaufwendungen auf der Leitungsebene. Reduzierung weitgehend je auf eine Geschäftsführerstelle bei den städtischen Betrieben	SG-Aktiv	Finanzausschuss	./. (Antragsteller nicht anwesend)	SPD, B90/Grüne, BfS, CDU, FDP Ohne Mitwirkung: DSW	Rat	SGAktiv	SPD, B90/Grüne, BfS, DSW, FDP, CDU Ohne Mitwirkung: FBU	mehrheitlich abgelehnt (70:1)	B42: „Vorstandsstellen streichen“ B335: „überflüssige Leitungsstellen reduzieren“
M265 – Senkung Kosten politische Steuerung... 2012: 105.000 EUR → 0 EUR	SG-Aktiv	Finanzausschuss	./. (Antragsteller)	SPD, B90/Grüne,	Rat	SGAktiv	SPD, B90/Grüne,	mehrheitlich abgelehnt	B343: „Ratsgelder um 250 000 reduzieren“

Antrag	Antragsteller	Gremium	Abstimmungsergebnis		Gremium	Gesamtergebnis im Rat		Ergebnis	In Zusammenhang stehende Bürgervorschläge
			dafür	dagegen		dafür	dagegen		
2013 ff: 140.000 EUR → 423.000 EUR			nicht anwesend)	BfS, CDU, FDP Ohne Mitwirkung: DSW			BfS, DSW, FDP, CDU Ohne Mitwirkung: FBU	(70:1)	
weitere Staffelung der Kindertagesstättenbeiträge für hohe Einkommensklassen Ansatz ab 2013: 30.000 EUR	SG-Aktiv				Rat	SGAktiv	SPD, B90/Grüne, BfS, DSW, FDP, CDU Ohne Mitwirkung: FBU	mehrheitlich abgelehnt (70:1)	B46: „Weitere Einkommensgruppe bei Beiträgen für Kindergärten/-tagesstätten“ B241: „Kita-Beiträge neu strukturieren“

Politische Anträge und Entscheidungen im Zusammenhang mit Bürgervorschlägen

5.) beschlossene Anträge für Prüfaufträge an die Verwaltung bzgl. Investitionsmaßnahmen (rein informativ, da bei Bürgerbeteiligungsverfahren Vorschläge für Investitionen unzulässig waren)

Antrag	Antragsteller	Gremium	Abstimmungsergebnis		Gremium	Gesamtergebnis im Rat		Ergebnis	In Zusammenhang stehende Bürgervorschläge
			dafür	dagegen		dafür	dagegen		
Wiederaufnahme in den Etat: Brücke Papiermühle Die Verwaltung wird beauftragt darzustellen, wie eine fußläufige Wupperquerung im Bereich Papiermühle hergestellt werden, und wie diese Maßnahme in den Etat 2013 aufgenommen werden kann. Dazu sind Klärungen bezüglich des Standorts, möglicher Fördermittel, bestehender Restmittel aus der Regionale 2006 und ggf. weiterer finanzieller Beteiligungen herbeizuführen	SPD, B90/Grüne, BfS, DSW	Finanzausschuss	SPD, B90/Grüne, BfS, DSW, CDU, FDP	./.	Rat	SPD, B90/Grüne, BfS, DSW, CDU, FDP, FBU	SG-Aktiv	*: Prüfauftrag an die Verwaltung	B202: „Brücke Papiermühle“

* Keine Einzelabstimmung, im Rahmen einer Gesamtabstimmung mehrheitlich beschlossen (71:1)